

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschußbetreuender Fachbereich: Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 16.05.2002
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/14-2237
Niederschrift	
Hauptausschuß	Sitzung am Dienstag, 7. Mai 2002
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:06 Uhr – 18:51 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 12.03.2002 - öffentlicher Teil -**
244/2002
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5.1 Genehmigung von Dienstreisen;**
Teilnahme von Mitgliedern des Rates an der Mitgliederversammlung des Städtetages NW 2002
285/2002

- 5.2 Genehmigung von Dienstreisen;**
hier: Dienstreisen von Ratsmitgliedern in die Partnerstadt Pszczyna
275/2002
- 6. Gewerbegebiet Spitze;**
hier: Bestellung der Mitglieder des interkommunalen Arbeitskreises
257/2002
- 7. Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 Baugesetzbuch für den Bereich nördlich der Ortslage Herkenrath bis zur Grenze mit der Gemeinde Kürten- Spitze**
254/2002
- 8. Entsendung eines Mitglieds des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundiger Einwohner in den Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**
232/2002
- 9.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2002 zur Lenkungsgruppe Produktkritik**
280/2002
- 9.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2002 zur Kündigung einer Mitgliedschaft**
279/2002
- 10. Anfragen der Ausschußmitglieder**

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Unterlagen:

1. die Einladung vom 24.04.2002 mit den zugehörigen Vorlagen
2. eine Tischvorlage als Ergänzung zu den Tagesordnungspunkt 6 und 7 des öffentlichen Teiles.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 12.03.2002 - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen ergänzt zu 18.3 des Berichts, daß die Anfrage von Frau Kreft inzwischen beantwortet wurde.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß den Bericht zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin

1. Tod eines Bürgermeisters von Marijampole

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß am 29. März dieses Jahres der frühere Bürgermeister der Partnerstadt Marijampole – Herr Vidmantas Vasiliauskas - nach schwerer Krankheit im Alter von 61 Jahren verstorben sei.

Herr Vasiliauskas war von 1991 – 1997 Mitglied des Rates der Stadt Marijampole und stellvertretender Bürgermeister der Partnerstadt. Er wurde

für die Wahlperiode 1997 bis 2000 zum Bürgermeister von Marijampole gewählt. 1999 besuchte er zum letzten Mal Bergisch Gladbach aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 10-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen Marijampole und Bergisch Gladbach.

Sie habe schriftlich den Angehörigen und der Stadt Marijampole im Namen des Rates und der Verwaltung sowie im eigenen Namen die aufrichtige Anteilnahme übermittelt.

2. Bericht zur Haushaltssituation

Stadtkämmerer Kotulla informiert über die aktuelle Haushaltslage.

Die Einnahmesituation habe sich mit dem Stichtag 30.4.2002 sowohl bei der Gewerbesteuer als auch beim Anteil an der Einkommensteuer gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres nochmals erheblich verschlechtert. Allein bei der Gewerbesteuer fehlten gegenüber dem Haushaltsansatz über 9,6 Mio. Euro. Dies seien 4,7 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Diese Entwicklung liege im bundesweiten Trend. Auch die Stadt Bergisch Gladbach mache derzeit die Erfahrung, daß große Betriebe praktisch keine Gewerbesteuer mehr zahlten. Beim städtischen Anteil an der Einkommensteuer sei im ersten Quartal des Jahres eine Verschlechterung um 1,4 Mio. Euro zu verzeichnen. Auch hier liege man mit einer Million Euro unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraumes im Vorjahr. Presseverlautbarungen gemäß seien ab Mai höhere Steuerausüttungen zu erwarten. Er hoffe, daß dies tatsächlich zutrefe und den Kommunen Beträge zugewiesen werden. Bei der Umsatzsteuer gebe es eine geringfügige Verschlechterung in Höhe von 8.500 Euro.

Aufgrund der Einnahmesituation werde die Verwaltung ihren restriktiven Sparkurs fortsetzen. Doch müßten, um eine deutliche Verbesserung der finanziellen Situation herbei zu führen, auch weiterreichende Maßnahmen wie z. B. das „US- crossborder- leasing“ entschieden angegangen werden.

Da das Steueraufkommen des Landes 2001 sehr negativ ausgefallen sei, müsse für das Jahr 2003 mit erheblich verringerten Schlüsselzuweisungen gerechnet werden. Bergisch Gladbach müsse mit einem um 3,1 Millionen Euro reduzierten Betrag rechnen.

3. Besucher eines ehemaligen Zwangsarbeiters in Bergisch Gladbach

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß der ehemalige Zwangsarbeiter Pawel Jeroschenko aus Rostow am Don vom 1.7. bis zum 5.7.2002 in Bergisch Gladbach zu Gast sei. Es sei beabsichtigt, im Rahmen dieses Besuches am 5.7.2002 um 15 Uhr eine Kranzniederlegung auf dem Laurentiusfriedhof vorzunehmen. Der Gast werde im Rahmen seines Besuches auch nach Wuppertal und Köln fahren. Sie beabsichtige, am 1.7.2002 zu

seinen Ehren ein Mittagessen zu geben. Hierzu wolle sie die Fraktionsvorsitzenden einladen.

5.1 Genehmigung von Dienstreisen;
Teilnahme von Mitgliedern des Rates an der Mitgliederversammlung des Städtetages NW 2002

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Dienstreisen der Ratsmitglieder Dirk Binding, Thomas Cüpper, Klaus-Peter Freese, Waltraud Schneider und Rosemarie Schu am 29.05.2002 nach Köln zur Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen werden genehmigt.

5.2 Genehmigung von Dienstreisen;
hier: Dienstreisen von Ratsmitgliedern in die Partnerstadt Pszczyna

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Dienstreisen der Ratsmitglieder Klaus Dehler, Brigitte Schöttler-Fuchs und Günter Ziffus in die Partnerstadt Pszczyna in der Zeit vom 17. – 20. Mai 2002 werden genehmigt.

6 Gewerbegebiet Spitze;
hier: Bestellung der Mitglieder des interkommunalen Arbeitskreises

Bürgermeisterin Opladen weist auf die Tischvorlage über die Eckpunkte eines öffentlich-rechtlichen Vertrages (Vereinbarung) mit der Gemeinde Kürten hin. Die Gründung und Besetzung eines interkommunalen Ratsarbeitskreises sei Bestandteil des noch abzuschließenden Vertrages.

Herr Freese benennt für die SPD- Fraktion folgende Mitglieder und Stellvertreter:

- | | | |
|----|-----------------|-----------------------|
| 1. | Herrn Neu | Frau Hammelrath |
| 2. | Herrn Hoffstadt | Herrn Orth |
| 3. | Herrn Freese | Frau Schöttler- Fuchs |

Herr Buchholz benennt für die CDU-Fraktion folgenden Mitglieder und Stellvertreter:

- | | | |
|----|----------------|------------------|
| 1. | Herrn Sacher | Herrn Cüpper |
| 2. | Herrn Albrecht | Herrn Kierspel |
| 3. | Herrn Haasbach | Herrn Hagen |
| 4. | Herrn Kremer | Herrn Wolfgarten |

Frau Ryborsch benennt für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgendes Mitglied und folgenden Stellvertreter:

Herrn Martin Schröder Herrn Dr. Ulrich Steffen

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nach d' Hondt kein Benennungsrecht zustehe.

Frau Schmidt- Bolzmann bedauert, daß die FDP-Fraktion bei der Besetzung des Gremiums übergangen werde. Sie habe folgende Personen als Mitglied und Stellvertreter vorschlagen wollen:

Frau Angelika Graner Frau Schmidt-Bolzmann

Auf Nachfrage von Frau Ryborsch erläutert Verwaltungsmitarbeiterin Monheim die Berechnung. Platz 1 falle nach d' Hondt an die CDU. Danach gebe es zwei zweite Plätze, zu vergeben an die CDU und die SPD. Platz vier falle wieder an die CDU. Danach gebe es zwei fünfte Plätze, zu vergeben wieder an die CDU und die SPD. Platz sieben falle an die CDU. Die CDU habe letzteren allerdings an die SPD abgetreten.

Die Berechnung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Hieraus ergibt sich folgende einstimmige **Beschlußempfehlung** an den Rat:

Als Mitglieder des interkommunalen Ausschusses zur Planung und Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes Spitze werden folgende Mitglieder und Stellvertreter benannt:

	<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
1.	Peter Sacher	Thomas Cüpper
2.	Jürgen Albrecht	Hans Kierspel
3.	Gerhard Neu	Helene Hammelrath
4.	Hans- Josef Haasbach	Karl- Hubert Hagen
5.	Michael Kremer	Herbert Wolfgarten
6.	Peter Hoffstadt	Klaus Orth
7.	Klaus- Peter Freese	Brigitte Schöttler- Fuchs

7 **Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 Baugesetzbuch für den Bereich nördlich der Ortslage Herkenrath bis zur Grenze mit der Gemeinde Kürten- Spitze**

Herr Buchholz weist darauf hin, daß der der Vorlage beigelegte Übersichtsplan nicht die spätere Größe des Gewerbegebietes darstelle. Der Plan könne daher zu Irritationen führen. Dargestellt werde die Bereichsbegrenzung für die Satzung über das besondere Vorkaufsrecht. Dieses müsse auch für die an das künftige Gewerbegebiet angrenzenden Flächen ausgeübt werden.

Fachbereichsleiterin Müller- Veit erklärt, daß sich die Bereichsbegrenzung aufgrund der notwendigen parzellen- scharfen Darstellung ergeben habe. Die Parzellen seien in dem in Rede stehenden Bereich jedoch teilweise sehr groß.

Herr Hoffstadt regt an, der Niederschrift einen Plan mit den korrekten Umrissen des künftigen Gewerbegebietes beizufügen. Dies wird von Bürgermeisterin Opladen zugesagt. (Anmerkung der Verwaltung: Da die Bereichsbegrenzung des Gewerbegebietes noch nicht feststeht, kann ein solcher Lageplan nicht beigelegt werden.)

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgende **Beschlußempfehlung:**

Zur Sicherung von städtebaulichen Maßnahmen, zur Vorbereitung, Planung und Durchführung und damit zur Ausweisung und Erschließung eines Gewerbegebietes im Bereich nördlich der Ortslage Herkenrath bis zur Grenze mit der Gemeinde Kürten wird eine Satzung für ein besonderes Vorkaufsrecht an Grundstücken gemäß § 25, Abs. 1, Satz 2 des Baugesetzbuchs erlassen.

Die in der Anlage beigelegte Satzung über ein besonderes gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 25 Baugesetzbuch ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Die Katasterflurkarte mit der Darstellung des räumlichen Geltungsbereichs der Satzung über ein besonderes gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 25 Baugesetzbuch ist Bestandteil dieses Beschlusses.

8 **Entsendung eines Mitglieds des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundiger Einwohner in den Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**

Frau Münzer begibt sich in den Zuschauerraum, da sie befangen ist.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**

Gemäß § 2 der Satzung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und der Gemeindeordnung NW beschließt der Rat die Vertretung des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr durch den seitens des Beirates vorgeschlagenen sachkundigen Einwohner Herrn Michael Mommer als beratendes stellvertretendes Mitglied.

Frau Münzer kehrt an ihren Platz zurück.

9.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2002 zur Lenkungsgruppe Produktkritik

Frau Ryborsch erklärt Satz 1 des Antrages ihrer Fraktion für erledigt, da allen Fraktionen inzwischen die komplette Liste der Produktkritik vorgelegt wurde. Entsprechend Satz 2 des Antrages schlage sie vor, die den jeweiligen Zuständigkeitsbereich betreffenden Punkte in die einzelnen Fachausschüsse zu überweisen.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß Kompetenz und Zuständigkeit für die Umsetzung von Konsolidierungsvorschlägen beim jeweiligen Fachausschuß/ Rat liege.

Herr Freese weist darauf hin, daß die CDU- Fraktion hinsichtlich Sparmaßnahmen ein Schreiben an die Bürgermeisterin gerichtet habe. Er bittet darum, dieses Schreiben bis spätestens zur kommenden Ratssitzung auch den anderen Fraktionen zur Kenntnis zu geben. Er kritisiert, daß die Verwaltung nur aufgrund eines Schreibens der Mehrheitsfraktion bereits tätig werde.

Frau Ryborsch verweist auf die Regelungen der Gemeindeordnung, aufgrund deren **alle** Sparvorschläge in den jeweils zuständigen Fachausschüssen zu diskutieren seien. Sie geht davon aus, daß nicht im Vorhinein selektiert werde, sondern die Ausschüsse sich mit allen Vorschlägen befassen können.

Herr Buchholz sichert zu, der SPD das von Herrn Freese benannte Schreiben seiner Fraktion bereits morgen zur Kenntnis zu geben.

Bürgermeisterin Opladen erläutert, daß es zwei Listen mit Sparvorschlägen gebe. Für den Vollzug der einen liege die alleinige Zuständigkeit bei ihr selbst. Nur bei der zweiten Liste seien die Fachausschüsse und der Rat gefragt. Die zweite Liste sei in der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe behandelt worden. Dort habe die CDU- Fraktion angekündigt, zu einer Reihe von Punkten Anträge stellen zu wollen. Die übrigen Fraktionen hätten sich in dieser Richtung nicht geäußert. Das von Herrn Freese benannte Schreiben sei bei ihr eingegangen und werde ordnungsgemäß bearbeitet.

Stadtkämmerer Kotulla betont, daß sowohl die Sparvorschläge der Verwaltung als auch die aus dem Bereich der Politik sorgfältig geprüft würden. Hierzu benötige man Zeit. Es mache keinen Sinn, alle Sparvorschläge zeitgleich in den jeweils zuständigen Ausschüssen zu behandeln.

Herr Dr. Kassner weist auf eine zweitägige Klausurveranstaltung der CDU- Fraktion im Januar des Jahres hin, in welcher die finanzielle Situation der Stadt und Möglichkeiten des Ausweges geprüft wurden. Aus dieser resultierten 29 Sparvorschläge, die sich mit den der Verwaltung teilweise deckten. Diese habe man

der Bürgermeisterin übermittelt. Es sei deren Aufgabe, sie weiter aufzubereiten und in die Ausschüsse einzubringen. Einer davon stehe bereits heute als Punkt 9.2 im öffentlichen Teil auf der Tagesordnung. Die CDU habe ihre Sparvorschläge nicht im Vorhinein mit der Verwaltung abgestimmt.

Herr Hoffstadt betont, daß ein Antrag der SPD- Fraktion vom September des vergangenen Jahres die Produktkritik erst in Gang gebracht habe. Vorher habe Stadtkämmerer Kotulla im Mai des Jahres die bereits damals dramatische Haushaltslage eingehend geschildert. Der Antrag seiner Fraktion sei notwendig geworden, weil in der Zwischenzeit nichts geschah. Bei der Aufstellung des Haushalts für 2002 habe man eine Abstimmung mit der SPD nicht für notwendig befunden. Erfreulich sei, daß die Liste mit den Sparvorschlägen nunmehr den Fraktionen überreicht und damit öffentlich werde.

Für Herrn Ziffus besteht die Gefahr, daß die Auswahl der zu prüfenden Sparvorschläge nur nach dem Willen der Mehrheitsfraktion erfolgt. Sinnvoll sei es aber, diese in ihrer Gesamtheit zu gruppieren und nach Zuständigkeit in die Fachausschüsse einzubringen. In der Verwaltung sei genug Sachverstand für die Prüfung aller Punkte vorhanden. Es gebe im übrigen sowohl von der Verwaltung als auch von seiner Fraktion bereits aufgezeigtes Einsparpotential.

Stadtkämmerer Kotulla weist die Ausführungen von Herrn Hoffstadt zurück. Bürgermeisterin Opladen habe das Projekt Aufgabenkritik bereits vor dem Antrag der SPD- Fraktion in aller Deutlichkeit formuliert. Die Verwaltung habe bereits im Juli 2001 im Rahmen einer Fachbereichsleiterrunde Budget- Kürzungen noch für das laufende Haushaltsjahr und für 2002 vereinbart. Insoweit sei reagiert worden. Die SPD- Fraktion habe stattdessen den Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) auf Defizite in der Stellenbesetzung bei Fachbereich 5 hingewiesen und Stelleneinsparungen im Bereich der Kämmerei vorgeschlagen.

Herr Hoffstadt entgegnet, daß er im Ausschuß lediglich nachgefragt habe, welche Einnahmen der Verwaltung durch die Nichtbesetzung von neun Stellen bei Fachbereich 5 entgehen. Sein Hinweis, die Möglichkeit von Stelleneinsparungen auch im Bereich der Kämmerei zu prüfen, sei legitim.

Frau Ryborsch hält es nicht für den richtigen Weg, sich aus dem Gesamtpaket der Vorschläge bestimmte Punkte herauszusuchen und durch die Mehrheitsfraktion politisch durchsetzen zu lassen. Die Arbeit, die sich die Verwaltung gemacht habe, sei sinnlos, wenn lediglich selektiv agiert werde. Zudem werde ein ordentlicher Abwägungsprozess unter den verschiedenen Sparvorschlägen nicht ermöglicht. Es sei notwendig, die finanziellen Aspekte aller Vorschläge aufzuzeigen und gegenüberzustellen. Dies sei nur über die Einbringung der kompletten Liste in die Fachausschüsse möglich.

Herr Orth geht davon aus, daß die CDU- Fraktion das Projekt Aufgabenkritik nach den eigenen Vorstellungen und ohne Einbindung der Opposition bewältigen wolle. Seine Fraktion weise bereits seit Jahren auf strukturelle Defizite hin. Das Projekt laufe zudem anders, als im Antrag der SPD intendiert. Insgesamt sei der Prozess zu spät in Gang gekommen. Der letzte Haushalt, den die SPD- Fraktion mitgetragen habe, liege mehr als zehn Jahre zurück. Seitdem sei der Schuldenberg der Stadt immens gewachsen, wofür andere Fraktionen die Verantwortung trügen. Es treffe

nicht zu, daß die gegenwärtige finanzielle Situation ausschließlich von Bund und Land verantwortet werde. Er könne genügend Beispiele für Beschlüsse aufzählen, die eigenverantwortlich zu einer Erhöhung der Verschuldung beitragen.

Herr Müller weist darauf hin, daß die heutige Lenkungsgruppe die gleiche Aufgabe habe wie die im Rahmen des früheren Projektes „Aufgabenkritik und Reorganisation“ in den Neunziger Jahren agierende. Es gehe darum, unter einer Vielzahl von Vorschlägen die praktikablen herauszufiltern und politisch entscheiden zu lassen. Es habe keinen Sinn, im Sinne des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN alle 273 Vorschläge in die Ausschüsse einzubringen und diskutieren zu lassen. Es müsse gefiltert werden. Er wirft BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vor, sich nicht angemessen genug an der Arbeit der Lenkungsgruppe zu beteiligen.

Herr Neuheuser bewertet die Arbeit der Lenkungsgruppe als bislang wenig konstruktiv, da sie seiner Meinung nach zu stark vom Votum der CDU- Fraktion abhängt.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß jede an der Lenkungsgruppe beteiligte Fraktion, so auch die KIDinitiative, eigenständig und eigenverantwortlich Anträge zur Thematik stellen könne. Die derzeit geführte Diskussion sei inhaltlich in keiner Weise nachvollziehbar. Die dramatische finanzielle Situation der Stadt müsse gemeinsam gemeistert werden. Es sei durchaus sinnvoll, durch die Lenkungsgruppe aus der Gesamtzahl der 273 Sparvorschläge diejenigen herausfiltern zu lassen, deren Weiterverfolgung in den zuständigen politischen Gremien Sinn mache. Die Verwaltung könne nur an den Vorschläge weiterarbeiten, die die Politik auch weiterverfolgen wolle. Ausgenommen sei hierbei natürlich die andere Liste mit Sparvorschlägen, deren Abarbeitung und Umsetzung ausschließlich in ihre unmittelbare Zuständigkeit falle. Im übrigen habe sie das Projekt Produktkritik bereits vor dem Antrag der SPD- Fraktion eingeleitet.

Für Herrn Ziffus ist es durchaus möglich, die Gesamtzahl der Sparvorschläge entsprechend der Zuständigkeit der Ausschüsse aufzuteilen und dort zu bewältigen. Schließlich seien diese nach den Kriterien der Gemeindeordnung hierzu berufen. Die Lenkungsgruppe sei kein offizielles politisches Gremium.

Für Stadtkämmerer Kotulla stellt die Lenkungsgruppe ein Gremium dar, welches durchaus unter den Sparvorschlägen die sinnvollen herausfiltern darf. Auf die Ausführungen von Herrn Orth entgegnet er, daß die SPD- Fraktion in den vergangenen Jahren keine Vorschläge zur Behebung des strukturellen Haushaltsdefizits vorgelegt habe. Der Innenminister vertrete inzwischen selbst die Auffassung, daß die finanziellen Probleme der Kommunen nicht selbstverschuldet sind. In Düsseldorf sei zudem das IFO-Gutachten durchgebracht worden, aufgrund dessen die Stadt seit einigen Jahren etwa drei Millionen DM weniger an jährlichen Schlüsselzuweisungen erhalten habe. Zu bezahlen hätten die Gemeinden auch die Lasten gehabt, die aus einer Verteilung der Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge resultierten. Des weiteren habe das Land die Gewerbesteuerumlage exorbitant erhöht und die Gemeindefinanzreform nicht in Angriff genommen.

Herr Dr. Kassner geht davon aus, daß die Lenkungsgruppe überflüssig werde, wenn man den Vorstellungen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folge. Die Vorklärung, die dort geleistet werde, sei aber sinnvoll, um der Verwaltung unnötige Arbeit zu

ersparen.

Frau Ryborsch kündigt aufgrund des sich abzeichnenden Abstimmungsergebnisses bereits jetzt Anträge ihrer Fraktion zur Parkraumbewirtschaftung und zur Abschaffung des 15- minütigen freien Parkens an.

Sodann lehnt der Hauptausschuß Satz 2 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN mehrheitlich mit den Stimmen der CDU bei Stimmenthaltungen der SPD und der F.D.P. ab.

9.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2002 zur Kündigung einer Mitgliedschaft

Herr Freese geht davon aus, daß Bürgermeisterin Opladen aufgrund ihres Amtes als Vizepräsidentin des Nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindenbundes ein Interesse an der Beibehaltung der Mitgliedschaft in dieser Organisation habe. Er benennt aus dem Geschäftsbericht des Städtetages NW Städte der gleichen Größe und Situation wie Bergisch Gladbach. Es stimme nicht, daß im Städtetag nur große kreisfreie Städte Mitglied seien. Er kritisiert, daß in der Vorlage die Kosten für die Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund nicht denjenigen für die Mitgliedschaft im Städtetag gegenübergestellt wurden. Somit sei ein korrekter Vergleich nicht möglich. Nur die Tatsache einer kürzeren Kündigungsfrist reiche für eine Begründung im Sinne des CDU-Antrages nicht aus. Es sei sinnvoll, die Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund auf den Prüfstand zu stellen und diejenige im Städtetag beizubehalten.

Für Herrn Dr. Kassner ist das von Herrn Freese benannte Amt von Bürgermeisterin Opladen nicht der Anlaß für den Vorschlag eines Austritts aus dem Städtetag. Er erinnert daran, daß die seinerzeitige Ampelkoalition im Dezember 1989 im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung im Rat ohne jede vorherige Diskussion im Hauptausschuß den Austritt der Stadt aus dem Städte- und Gemeindebund und den Eintritt in den Städtetag durchgesetzt habe. Diese Maßnahme sei damals auch ein Affront gegen den früheren Stadtdirektor Fell gewesen, dem eine höhere Funktion im Städte und Gemeindebund angetragen wurde. Aus rein sachlicher Sicht sei es durchaus sinnvoll, in beiden kommunalen Spitzenverbänden Mitglied zu bleiben. Finanziell sei dies jedoch nicht mehr möglich. Die heutige Situation sei nach wie vor der nach dem Ende der Ampelkoalition gefundene Kompromiß. Aus seiner Sicht vertrete der Städte- und Gemeindebund die Interessen einer kreisangehörigen Stadt wie Bergisch Gladbach besser als der Städtetag, in welchem man sich nur vermeintlich in der gleichen Position wie die kreisfreien Städte befinde. Bei den von Herrn Freese benannten kleineren Städten sei zudem zu fragen, inwieweit auch diese über eine Doppelmitgliedschaft verfügten.

Frau Schmidt-Bolzmann betont, daß die F.D.P. seinerzeit sehr für eine Mitgliedschaft der Stadt im Nordrhein-Westfälischen Städtetag gewesen sei. Der spätere Erwerb einer Doppelmitgliedschaft sei von ihr aufgrund der hierdurch entstehenden Kosten nicht gutgeheißen worden. Die Mitgliedschaft im Nordrhein- Westfälischen Städtetag sei damals auch verwaltungsseitig empfohlen worden.

Herr Waldschmidt sieht eine Beibehaltung der Mitgliedschaft im Nordrhein-

Westfälischen Städtetag und die Kündigung derselben im Städte- und Gemeindebund vor dem Hintergrund zu lösender Aufgaben wie z. B. der Gemeindefinanzreform als sinnvoll an. Nur dort könne man die eigenen Interessen gegenüber dem Bund und dem Land angemessen vertreten.

Herr Hoffstadt möchte wissen, wie hoch der durch die Stadt zu zahlende Mitgliedsbeitrag beim Städte- und Gemeindebund ist.

Stadtkämmerer Kotulla beziffert diesen auf 33.000 Euro für die Gesamtvertretung durch den Städte- und Gemeindebund bis in die Bundesebene hinein. Der Mitgliedsbeitrag für den Städtetag beziehe sich nur auf die Landesebene. Wolle man auch auf Bundesebene agieren, müsse man die mittelbare Mitgliedschaft zu Gunsten einer unmittelbaren aufgeben, was dann für die Stadt erheblich teurer werde.

Herr Neuheuser möchte wissen, welcher kommunale Spitzenverband die für die Stadt günstigeren Dienstleistungen erbringe.

Stadtkämmerer Kotulla bewertet das Informationssystem der beiden Spitzenverbände als in etwa gleichwertig. Wenn es allerdings darauf ankomme, vertrete der Städtetag vornehmlich die Interessen der großen kreisfreien Städte.

Nach Auffassung von Herrn Müller ist nur eine Gegenüberstellung der Mitgliedschaft von Bergisch Gladbach im Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie im Deutschen Städtetag möglich. Unter der Prämisse der dann wesentlich höheren Kosten der Mitgliedschaft im zweitgenannten Spitzenverband ergebe sich zwingend nur eine Konsequenz. Frau Schmidt- Bolzmann weist er darauf hin, daß der Erwerb der Doppelmitgliedschaft seinerzeit nur mit den Stimmen der F.D.P.- Fraktion möglich gewesen sei.

Herr Freese geht davon aus, daß ein Gespräch auf Augenhöhe mit den kreisfreien Städten nur über die Mitgliedschaft im Städtetag möglich ist. Nur so könne Bergisch Gladbach diesen gegenüber seine Interessen angemessen vertreten. Der Städte- und Gemeindebund sei die Interessenvertretung der Vielzahl kleinerer Kommunen. Die Stadt solle daher Mitglied im Städtetag bleiben und aus dem Städte- und Gemeindebund ausscheiden.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß im Städte- und Gemeindebund genügend Städte der Größe von Bergisch Gladbach Mitglied seien. Die strukturellen Probleme der Stadt aufgrund der Kreisangehörigkeit würden dort angemessener gesehen und bewertet. Im übrigen habe ihre stellvertretende Funktion im Präsidium des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes den Vorteil von vielen Gesprächen mit dem Städtetag. Sie führe zudem auch Gespräche direkt auf der Ebene der Landesregierung. Ihr Wirken dort habe z. B. zu den derzeit geltenden Regelungen hinsichtlich der Schulpauschale beigetragen. Die alleinige unmittelbare Mitgliedschaft im Städtetag würde die Stadt mindestens das doppelte des Betrages für die Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund kosten.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit Stimmen von CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die Mitgliedschaft im Städtetag

Nordrhein-Westfalen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

10 Anfragen der Ausschussmitglieder

1. Anfrage zur Errichtung von „ Hundetoiletten “ im Stadtgebiet

Frau Schöttler- Fuchs weist auf Ihre Anfrage zur o. g. Problematik vom 5.12.2000 hin. Auf diese habe die Verwaltung mit Schreiben vom 12.2. und 13.7.2001 geantwortet. Im zweitgenannten Schriftsatz sei auf ein von der Firma Komstat entwickeltes Stadthygienesystem hingewiesen worden, welches in der Gemeinde Much angewandt werde. Dort sollten weitere Erkundigungen eingeholt und ihr mitgeteilt werden. Da sie bislang nichts mehr gehört habe, stelle sie folgende Fragen:

Habe die Verwaltung inzwischen konkrete Informationen eingeholt?

Wolle sich die Verwaltung aus Kostengründen mit der Thematik nicht mehr auseinander setzen?

Von der Beantwortung dieser Fragen mache sie ihr weiteres Vorgehen in der Angelegenheit abhängig.

2. Anfrage zur Genehmigung von Mobilfunk-Anlagen

Herr Waldschmidt weist darauf hin, daß das Oberverwaltungsgericht Münster vor etwa zwei Wochen eine Grundsatzentscheidung zur Fragestellung gefällt habe, inwieweit Sendemasten für den Mobilfunk genehmigungspflichtig seien. Bislang habe die Rechtsauffassung gegolten, daß solche Anlagen erst ab einer gewissen Höhe bauaufsichtlich genehmigt werden müßten. Da das OVG Münster in seinem Urteil darauf abstelle, es handele sich bei der Errichtung solcher Masten auf den Dächern von Gebäuden gleichzeitig um eine genehmigungspflichtige Nutzungsänderung, ergebe sich für die Kommunen im Hinblick auf diese Problematik eine neue Situation. Er fragt an, wie die Verwaltung künftig mit dieser Angelegenheit umzugehen gedenke.

3. Anfrage zur Finanzierung der Verbraucherberatungsstellen in Bergisch Gladbach

-

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß der Vertrag mit der Verbraucherberatung in Bergisch Gladbach zum 30.6.2002 auslaufe. Sie bittet darum, nochmals mit den Städten Rösrath und Overath hinsichtlich einer Beteiligung an der Finanzierung zu verhandeln. Diese Kommunen seien nach Bergisch Gladbach die größten Nutznießer der Verbraucherberatung. Es sei legitim, die gute

Arbeit dieser Einrichtung zu erhalten und trotz angespannter Haushaltslage einen geringen Geldbetrag hierfür vorzusehen.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß beide Städte es abgelehnt hätten, sich an einer Finanzierung zu beteiligen. Dies sei mehrfach in der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten besprochen worden. Sie erklärt sich bereit, diesbezüglich nochmals telefonisch in Rösrath und Overath nachzufragen. Über das Ergebnis werde sie Frau Ryborsch informieren.

4. Anfragen zu Mitwirkungsrechten

Unter Bezugnahme auf die mehrheitliche Beschlußempfehlung des Hauptausschusses zu Punkt 6 des öffentlichen Teiles möchte Herr Ziffus wissen, ob BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im interkommunalen Arbeitskreis zum Gewerbegebiet Spitze nicht ein beratender Status analog der Regelung in bestimmten städtischen politischen Gremien eingeräumt werden könne.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß es sich im vorliegenden Falle um einen Arbeitskreis und nicht um einen Ausschuß handele. Somit sei dies nicht möglich.

Auf Nachfrage von Herrn Ziffus bestätigt sie, daß der Arbeitskreis nach d' Hondt besetzt wurde.

5. Anfrage zum Internetauftritt der Stadt

Herr Freese weist darauf hin, daß das Ratsmitglied Dr. Winzen auf der Homepage der Stadt nicht aufgeführt wurde.

Bürgermeisterin Opladen sagt eine Überprüfung und Abhilfe zu.

Danach schließt sie die öffentliche Sitzung.

Maria Theresia Opladen

Peter Kredelbach